

**Rede  
des Fraktionssprechers für Rechts- und  
Verfassungsfragen**

**Ulf Prange, MdL**

zu TOP Nr. 27a

Fragestunde

**Straftaten von Verurteilten, die auf einen Platz im  
Maßregelvollzug warten**

Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 18/7541

während der Plenarsitzung vom 08.10.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ja: Es fehlen Plätze im Maßregelvollzug. Das ist aber keine neue Erkenntnis, sondern ein Thema, das den Landtag schon lange beschäftigt. Die Situation ist unbefriedigend, und es besteht Handlungsbedarf. Ich will das nicht kleinreden, aber ich warne ausdrücklich davor, hier Ängste zu schüren und Panik zu verbreiten.

Da appelliere ich ein bisschen an die Kollegen der FDP-Fraktion. Herr Kollege Försterling, Sie sind in der Debatte immer sehr leidenschaftlich. Aber ich glaube, bei einem solch sensiblen Thema wäre etwas mehr Zurückhaltung geboten gewesen.

Sie haben angesprochen, dass es hier um Sicherheitsbelange der Allgemeinheit und den Opferschutz und natürlich auch darum geht, dass die Menschen, die im Maßregelvollzug untergebracht sind, eine gute medizinische Betreuung und Therapieangebote bekommen. Beides müssen wir besser machen. Ich glaube, darin sind wir uns weitestgehend einig.

Das ist aber kein niedersächsisches Phänomen. In anderen Bundesländern gibt es ähnliche Problemlagen. Das hängt natürlich damit zusammen, dass sich die angespannte Situation im Maßregelvollzug aus Aspekten ergibt, die auch in anderen Bundesländern auftreten. Wir haben gehört, dass die Fallzahlen zunehmen. Suchterkrankungen nehmen zu, es nehmen psychische Auffälligkeiten und Erkrankungen zu. Demzufolge kommt es vermehrt zu Unterbringungen entweder nach § 63 StGB, in dem es darum geht, dass jemand nicht schuldfähig ist, aber eine Gefahr darstellt, oder nach § 64, in dem es um Suchterkrankungen geht.

Parallel haben wir die Entwicklung zu verzeichnen, dass weniger Menschen aus den Maßregelvollzugsanstalten wieder zurück in die Gesellschaft kommen. Das hängt mit höheren gesetzlichen Anforderungen zusammen. Wir haben es aber auch mit dem Problem zu tun, das der Kollege Meyer angesprochen hat. Der angespannte Arbeitsmarkt für Pflegekräfte spielt hier eine große Rolle. Gerade im Maßregelvollzug ist es eine große Herausforderung, Pflegekräfte zu bekommen. Die Errichtung von Neubauten oder Erweiterungsgebäuden ist in der Anwohnerschaft schwierig zu vermitteln. Ich erinnere daran, dass es im Zusammenhang mit solchen Vorhaben immer wieder Ängste und Vorbehalte in der Bevölkerung gibt. Das muss man natürlich lösen. Man muss die Menschen mitnehmen.

Schließlich haben wir es auch noch - zumindest habe ich das so verstanden - mit den Corona-Auswirkungen zu tun, die dazu geführt haben, dass in diesem Bereich weniger Entlassungen stattgefunden haben.

Das ist die Situation, die wir vorfinden. Sie führt zu einem Handlungsbedarf, den ich für die SPD-Fraktion sehr deutlich klarstellen will. Eines fällt mir dabei auf: Nicht nur im Maßregelvollzug haben wir zu wenige Plätze, sondern auch im Justizvollzug haben wir das Phänomen, dass wir zu wenige Haftplätze haben. Wenn ich mir anschau, wie viel Zeit wir in Niedersachsen für öffentliche Bauvorhaben brauchen, dann geht mein Blick auf die andere Seite der Regierungsbank - der Finanzminister ist leider nicht da. Wir müssen wirklich darüber nachdenken, wie wir die Verfahren beschleunigen könnten.

Das gilt allgemein und grundsätzlich für öffentliche Bauvorhaben, aber insbesondere für die sicherheitssensiblen Bereiche wie Haft und Maßregelvollzug. Das ist eine Herausforderung, die wir gemeinsam angehen müssen. Wir sind bereit, uns hier einzubringen.

Ich will noch kurz erwähnen, was auch schon die Landesregierung gesagt hat: Man ist auf dem Weg und versucht, Plätze zu schaffen. Das will ich positiv darstellen. Die genannten 32 Plätze sind ein erster Schritt. Die Plätze, die in der Vergangenheit geschaffen worden sind, sind wichtig, aber sie reichen nicht. Diesen Weg müssen wir weitergehen.

Abschließend vielleicht noch einen Hinweis an die Kollegen der FDP-Fraktion: Vielleicht wären wir heute in einer anderen Situation, wenn nicht die letzte Landesregierung, an der die FDP beteiligt war, im Jahr 2007 die Landeskrankenhäuser verscherbelt hätte.

Das hat dazu geführt, dass dem Land Niedersachsen Möglichkeiten genommen wurden, mit denen wir jetzt ganz anders agieren könnten. Dass es Reibungsverluste zwischen privaten Krankenhäusern und dem Ministerium und dass es auch nicht die Steuerungsmöglichkeiten gibt, die man vielleicht hätte, wenn es noch die Landeskrankenhäuser gäbe, ist zumindest für mich evident. Das muss und will ich hier noch mal deutlich machen. Das ist eine Hypothek, die Sie uns an dieser Stelle hinterlassen haben, und das zeigt, dass man mit rigider Sparpolitik und mit Sparen um jeden Preis auf lange Sicht eben doch nicht vorankommt. Das ist ein Teil dieses Problems.

Deshalb hier noch einmal der Appell an die Kollegen der FDP, diese Politik zu überdenken!

Vielen Dank.